



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15961
Freitag, 11. Dezember 2020

EU-Gipfel: Agrarfinanzen verabschiedet	1
EU-Agrarrat: Klöckner will für verpflichtende Nährwertkennzeichnung werben	1
Moosbrugger: Klimaneutralität bis 2040 nur mit verstärkter Holzverwendung machbar	2
Waldverband: Holzverwendung ist Lösung im Kampf gegen die Klimakrise	3
Österreichischer Forstverein: Klimaschutz durch Holzverwendung	4
Strasser begrüßt Aufstockung der COVID-19-Investitionsprämie auf 3 Mrd. Euro	5
LK Steiermark schlägt Alarm: Preismisere bei Schweine- und Rinderbauern	6
Mehr Fördermittel für Qualitätsprogramm "Qplus Rind" ab 2021	7
Strasser: Lebensmittel sind zu wertvoll für die Tonne	8
Hechenberger: Lebensmittelverschwendung den Kampf ansagen	9
Corona-Krise bescherte heimischer Milchwirtschaft herausforderndes Jahr 2020	9
EU-Schweinemarkt: Belebung des Fleischabsatzes - Rückstau bei Schlachtbetrieben	12
Pflegereform: OÖ Landesbäuerin Haider fordert Ausbau der Tagesbetreuungsplätze	13
Russland erschwert Sonnenblumen- und Rapsexporte	14

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Gipfel: Agrarfinanzen verabschiedet

Budget für die EU-Landwirtschaft auf aktueller Höhe ohne Inflationsausgleich fixiert

Brüssel, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Der EU-Agrarhaushalt und zusätzliche Corona-Hilfen sind in trockenen Tüchern. Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich auf dem EU-Gipfel in Brüssel einstimmig auf den Finanzrahmen für die kommenden Jahre. Polen und Ungarn beendeten ihr Veto und akzeptieren, dass die Vergabe der Mittel zukünftig an die Einhaltung von rechtsstaatlichen Prinzipien geknüpft wird. Der EU-Haushalt für den Agrarsektor verharrt auf heutiger Höhe, wenn auch der von der Branche geforderte Inflationsausgleich verwehrt wurde. * * * *

Über den EU-Agrarhaushalt hinaus werden in den kommenden beiden Jahren 8 Mrd. Euro an Corona-Hilfen zur Verfügung gestellt, 30% davon im Jahr 2021. Die anderen 70% der Corona-Hilfen soll es 2022 geben. Gut ein Drittel der Summen sollen für Klima-, Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen im Rahmen der ländlichen Förderprogramme ausgegeben werden. 55% der Corona-Hilfen sind für Maßnahmen der sozialen und digitalen Transformation vorgesehen. Diese sollen dazu beitragen, den Übergang zur Präzisionslandwirtschaft und Digitalisierung in ländlichen Gebieten voranzubringen und die regionalen Märkte zu stärken.

EU-Sanktionen gegen Russland verlängert

Weiterhin verständigten sich die EU-Mitgliedstaaten darauf, die Sanktionen für Russland wegen der Annexion der Krim um ein halbes Jahr bis Juli 2021 zu verlängern. Im Gegenzug wird auch Russland sein Embargo für die Einfuhr von Lebensmitteln aus der EU verlängern.

Im Grunde waren sich die Staats- und Regierungschefs schnell einig, dass die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 um 55% vermindert werden sollen. Polen, Ungarn und Tschechien fordern aber zusätzliche Mittel aus dem EU-Haushalt, um ihre kohlebasierte Energiewirtschaft umzustellen. Das zog die Debatte auf dem EU-Gipfel in der Nacht zum Freitag in die Länge. (Schluss) mö

EU-Agrarrat: Klöckner will für verpflichtende Nährwertkennzeichnung werben

Großer Widerstand von einigen Mitgliedstaaten wird erwartet

Brüssel, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Der letzte EU-Agrarministerrat unter deutscher Präsidentschaft in diesem Jahr findet kommenden Dienstag und Mittwoch in Brüssel statt. Die Minister werden trotz der Corona-Pandemie anreisen, um Quoten für den Fischfang im Atlantik zu beschließen. Das ist diesmal besonders schwierig, da wegen dem Brexit die Quoten mit dem Vereinigten Königreich abgesprochen werden müssen. Im landwirtschaftlichen Teil der Ratssitzung geht es um die Kennzeichnung von Lebensmitteln. Die EU-Mitgliedstaaten befürworten ein europaweites Label für Fleisch, das mit erhöhten Anforderungen an den Tierschutz produziert wurde. Die Minister fordern die EU-Kommission auf, für ein gemeinsames EU-Tierschutzlabel einen Vorschlag zu machen. * * * *

Kontrovers wird dagegen die Nährwertkennzeichnung mit dem Ampelsystem (Nutri-Score) gesehen. Vor allem Italien lehnt eine EU-weit verpflichtende Nutri-Score-Kennzeichnung ab. Italien befürchtet, dass seine traditionellen Spezialitäten, wie Olivenöl oder Parmesankäse, dabei schlecht wegkommen. Vor zu hohen Fett- und Salzgehalten warnt die Nährwertkennzeichnung mit dem Ampelsystem die Verbraucher mit einem roten "E". Da Italien mit seiner Ablehnung auch von anderen, vorwiegend südlichen EU-Mitgliedstaaten unterstützt wird, wird es nur eine Erklärung der deutschen EU-Präsidentschaft zu Nutri-Score geben, die deutlich weniger politisches Gewicht als Ratsschlussfolgerungen hat. (Schluss) mö

Moosbrugger: Klimaneutralität bis 2040 nur mit verstärkter Holzverwendung machbar

Fünf Jahre nach Pariser Klimaschutzabkommen steigt der Handlungsbedarf

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - "Der Auftrag des Pariser Klimaschutzabkommens, das sich am 12. Dezember zum fünften Mal jährt, ist klar. Innerhalb von drei Jahrzehnten muss unser gesamtes Energie- und Wirtschaftssystem vom Würgegriff der klimaschädlichen fossilen Energieträger befreit werden, sonst brechen unsere Natur- und Lebensräume unter der Last der fossilen CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre zusammen." Dies stellte heute Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** fest. * * * *

"Mit der Zielsetzung einer Klimaneutralität bis 2040 hat auch die Bundesregierung im aktuellen Regierungsprogramm die Marschrichtung klar vorgegeben: Österreich will bereits innerhalb von zwei Jahrzehnten vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas aussteigen. Die Ziele sind damit zwar gesetzt, was aber noch fehlt, sind konkrete Umsetzungsschritte. Und es wird immer deutlicher, dass die ambitionierten Klima- und Energieziele nur mit der effizienten Nutzung aller verfügbaren Holzsortimente aus unseren nachhaltig bewirtschafteten Wäldern erreichbar sind", betonte Moosbrugger.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung auf Basis von Fakten statt märchenhafter Ideologien

In der EU sind jene Länder Vorreiter beim Anteil erneuerbarer Energien, die eine aktive Waldwirtschaft betreiben. Schweden, Finnland, Lettland und Österreich haben es geschafft, gleichzeitig massiv den Einsatz von Holz zur stofflichen und energetischen Nutzung zu steigern, die Waldfläche auszuweiten und den Holzvorrat zu erhöhen. Damit wurde die Belastung der Atmosphäre um viele Milliarden Tonnen fossiles CO₂ reduziert. "Wir müssen uns zur Erreichung der Klima- und Energieziele in der EU am Erfolgsmodell dieser Länder mit ihrer aktiven nachhaltigen Waldbewirtschaftung orientieren. Die märchenhaften Ideologien globaler Umweltkonzerne wie WWF und Greenpeace, die eine Außernutzungstellung unserer Wälder verlangen, sind ein hochriskanter und gefährlicher Irrweg, mit dem die Ziele der Klimaneutralität unerreichbar sind und sinnwidrig wertvolle Arbeitsplätze vernichtet werden", warnte Moosbrugger.

Scheitholz hat 80 Mrd. l Heizöl ersetzt und 200 Mio. t fossiles CO2 gespart

"Wir versorgen in Österreich durch aktive nachhaltige Waldbewirtschaftung seit Jahrzehnten eine international erfolgreiche Säge-, Platten- und Papierindustrie mit wertvollem Rohstoff, sichern damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum und haben gleichzeitig seit den 1970er-Jahren allein durch Scheitholz in der Raumwärme zirka 80 Mrd. l Heizöl ersetzt. Damit wurden nur mit Scheitholz der Atmosphäre 200 Mio. t fossiles CO2 erspart. Dazu kommen noch die positiven Klima- und Wertschöpfungswirkungen der mit Hackgut und Rinde betriebenen 2.500 Biomasse-Nahwärmeheizwerke sowie der zigtausenden Pellets- und Hackgutkessel zur Objektwärmeversorgung", gab der LKÖ-Präsident zu bedenken.

Aktive Waldbewirtschaftung ist Erfolgskonzept gegen Wirtschafts- und Klimakrise

"In der durch die COVID-Krise verursachten Wirtschaftskrise brauchen wir dringend alle Optionen für Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Eine Intensivierung der Waldpflege zur Erhöhung der Widerstandskraft unserer Wälder und zur Verstärkung ihrer positiven Klimawirkungen ist daher das Gebot der Stunde", unterstrich Moosbrugger. (Schluss) - APA OTS 2020-12-11/11:57

Waldverband: Holzverwendung ist Lösung im Kampf gegen die Klimakrise

Rosenstatter: Fossile Sackgasse verlassen und nachwachsende Rohstoffe nutzen

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Am 12. Dezember jährt sich das Klimaschutzabkommen von Paris zum fünften Mal. Wissenschaftlich unbestritten liegt die Ursache für die katastrophale Klimaveränderung in der weiterhin ungehemmten Verbrennung fossiler Energieträger wie Erdöl, Erdgas und Kohle. Für den Wald und seine Eigentümer sind die Folgen der Klimaverschlechterung bereits jetzt eine Katastrophe. Extreme Temperaturen und anhaltende Dürrephasen begünstigen alle möglichen Waldschädlinge, und es gibt nahezu kein Jahr mehr ohne Sturm- und Schneebruchschäden. "Unser Auftrag ist, den Wald durch eine aktive Bewirtschaftung rasch klimafit zu machen. Durch Abwarten oder Nichtstun wird der Wald seine Funktionen nicht mehr ausreichend erfüllen können", bringt **Rudolf Rosenstatter**, Obmann im Waldverband Österreich, die Sorgen der Waldbesitzer auf den Punkt. * * * *

"Um die Ziele des Klimaabkommens von Paris zu erreichen, müssen wir die fossile Sackgasse am besten noch heute verlassen und den Weg hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft auf Basis nachwachsender Rohstoffe beschreiten", appelliert Rosenstatter an Politik und Konsumenten.

Wälder unter einen Glassturz zu stellen, ist der absolut falsche Ansatz

"Nur durch eine verstärkte Verwendung von Holz in all seinen möglichen Facetten, angefangen beim Holzbau bis hin zur Produktion von HolzdieSEL und Holzgas, können wir fossile Energieträger und CO2-intensive Materialien wie Plastik, Stahl und Beton ersetzen und klimaschädliches, fossiles CO2 einsparen. Wälder unter einen Glassturz zu stellen beziehungsweise die Holznutzung zu verhindern, ist der absolut falsche Ansatz. Kohlenstoff nur im Wald zu speichern und auf den wesentlich stärkeren Effekt der Kohlenstoffspeicherung in Holzprodukten zu verzichten, führt uns mittelfristig nur in eine neue Sackgasse", warnt der Obmann.

Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes und anderer wissenschaftlicher Institutionen belegt den Klimaschutzeffekt, der durch eine verstärkte Holzverwendung und den Ersatz CO₂-intensiver Materialien erzielt wird. "Die größten Hebel für Klimaschutz und Bioökonomie sind eine verstärkte Holzverwendung und eine aktive Waldbewirtschaftung, um das Wachstum und die Vitalität unserer Wälder zu erhöhen und den Holzzuwachs anzukurbeln. Damit steht uns mehr Holz zur Verfügung, und dadurch erhöhen wir den Beitrag unserer Wälder im Kampf gegen den Klimawandel. Diesen Hebel haben wir selbst in der Hand", richtet Rosenstatter einen dringenden Appell an die Politik. (Schluss) - APA OTS 2020-12-11/09:09

Österreichischer Forstverein: Klimaschutz durch Holzverwendung

Ausstieg aus fossilen Rohstoffen dringend notwendig

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - "Der Auftrag des Klimagipfels in Paris ist auch zum fünften Jahrestag immer noch derselbe: Der Ausstoß von fossilem CO₂ muss so rasch wie möglich beendet werden. Nur mit dem Ausstieg aus den fossilen Rohstoffen können wir die Klimakrise abschwächen und immer größer werdende Milliarden Schäden verhindern. Die Verwendung von Holz in allen Lebensbereichen ist dabei ein ganz wichtiger Teil der Lösung", erklärt **Johannes Wohlmacher**, Präsident des Österreichischen Forstvereins. * * * *

Raus aus der fossilen Wirtschaft hin zur nachhaltigen Verwendung von Holz

"Der verschwenderische Umgang mit Erdöl, Erdgas und Kohle muss schnellstmöglich beendet werden, um eine irreversible Störung der Abläufe in der Natur zu verhindern. Das heißt auch, CO₂-intensive Materialien durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Dabei spielt Holz zweifelsfrei eine zentrale Rolle. Denn in einem Kubikmeter Holz ist eine Tonne CO₂ gespeichert. So können durch den Holzbau bereits jetzt bis zu 71% an CO₂ im Vergleich zur mineralischen Bauweise eingespart werden. Dieser Substitutionseffekt ist der größte Beitrag, den der nachhaltig bewirtschaftete Wald zur Klimakrise leisten kann, wie auch die Studie CareForParis belegt. Damit ist aber auch klar, dass weitere großflächige Außernutzungsstellungen von Waldflächen im krassen Gegensatz zu den Zielen des Pariser Abkommens stehen würden", gibt Wohlmacher zu bedenken.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung sorgt für Holz und sichert Lebensraum

"Die Klimaverschlechterung läuft für Bäume in einer derart raschen Geschwindigkeit ab, dass unterstützende Maßnahmen durch die Waldbesitzer notwendig sind, um die CO₂-Aufnahmefähigkeit des Waldes zu erhalten. Mit einer naturnahen Bewirtschaftung der Wälder werden nämlich Stabilität und Wachstum verbessert und es wird somit die Aufnahme des schädlichen Treibhausgases aus der Atmosphäre erhöht. Denn je mehr CO₂ absorbiert werden kann, desto besser ist es für uns Menschen und das Klima", unterstreicht der Präsident.

Enorme Kosten für die Gesellschaft

Bereits jetzt betragen die Schäden in Österreich infolge der Klimakrise rund 1 Mrd. Euro im Jahr. Ab 2030 muss die Gesellschaft dafür zwischen 2,1 und 4,2 Mrd. Euro aufbringen. Ab 2050 könnten die Ausgaben sogar auf über 8 Mrd. Euro pro Jahr ansteigen, wenn nichts dagegen unternommen wird. Bei diesen Kosten sind auch positive Effekte durch die Erderwärmung sowie Anpassungsmaßnahmen berücksichtigt, wie Berechnungen der Universität Graz ergeben. (Schluss) - APA OTS 2020-12-11/09:32

Strasser begrüßt Aufstockung der COVID-19-Investitionsprämie auf 3 Mrd. Euro

Wichtige Unterstützung für zukunftssträchtige Projekte

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Der Landwirtschaftssprecher der ÖVP, **Georg Strasser**, begrüßt die gestern Abend vom Nationalrat beschlossene Aufstockung der COVID-19-Investitionsprämie von 2 Mrd. auf 3 Mrd. Euro. "Diese Prämie steht allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und somit auch steuerlich pauschalieren Betrieben zur Verfügung. Die Höhe des Zuschusses liegt grundsätzlich bei 7% der förderfähigen Investitionen. In den Bereichen Ökologisierung, Digitalisierung und Gesundheit erhöht sich der Zuschuss auf 14%", so Strasser. * * *

"Aus der Krise rausinvestieren", so lautet das Motto der Bundesregierung, die diese COVID-19-Investitionsprämie bereitstellt. Die Prämie bietet für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft eine Reihe an Möglichkeiten, Zukunftsprojekte und neue Technologien fördern zu lassen. Investitionen ab 5.000 Euro sind förderfähig, im Zeitraum vom 1. September 2020 bis zum 28. Februar 2021 kann diese Unterstützung beantragt werden, so Strasser. "Wer jetzt in zukunftssträchtige Projekte investiert, bekommt Unterstützung von der Bundesregierung. Das ist ein Anreiz für alle, die in erneuerbare Energien oder kreislauforientierte Projekte investieren wollen", dankt Strasser Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck.

Regionale Wertschöpfung erhöhen

"Unser Ziel ist eine hoch modernisierte Land- und Forstwirtschaft, die als erster Wirtschaftszweig auf Erdöl verzichten kann. Dieser Weg schafft zahlreiche Möglichkeiten der regionalen Wertschöpfung und wird die Nachfrage nach Produkten aus österreichischer Produktion ankurbeln. Diese Investitionsprämie kommt allen zugute, die unser Ziel unterstützen", ist Strasser überzeugt.

Zugutekommen werden diese Investitionen in die Zukunft nicht nur den Bäuerinnen und Bauern, sondern der gesamten Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum. "Damit können wir die Betriebe am Land unterstützen, regionale Kreislaufwirtschaft fördern und zugleich den Klimaschutz vorantreiben", sieht Strasser bei diesem Investitionsschub mehrere Vorteile. Förderfähige Projekte sollen einen Zuschuss von 7%, Projekte in den Bereichen Ökologisierung, Digitalisierung oder Gesundheit einen Zuschuss von 14% erhalten. Darunter fallen für den Sektor Land- und Forstwirtschaft beispielsweise Investitionen in Biomasse-Kraft-Wärme-Kopplungen, in die Holzgaserzeugung zur Eigenversorgung, die energetische Nutzung biogener Roh- und Reststoffe,

biogene Brenn- und Treibstoffe oder auch in die Kreislaufwirtschaft und das Rohstoffmanagement. Zudem werden Photovoltaik-Anlagen oder Wärmepumpen sowie Anschaffungen zur Digitalisierung der Betriebe gefördert.

Berlakovich: Aufstockung ist wichtiger Impuls für Wirtschaft in Corona-Zeiten

"Die Aufstockung der COVID-19-Investitionsprämie ist ein wichtiger Beitrag für die Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Unterstützung unserer Betriebe und zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Damit können wir die Betriebe in den ländlichen Regionen unterstützen, regionale Kreislaufwirtschaft fördern und zugleich den Klimaschutz vorantreiben", sagt ÖVP-Regionalsprecher **Nikolaus Berlakovich**. "Es wurden bereits sehr viele Projekte eingereicht. Gerade in Corona-Zeiten besteht ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf. Daher wurde das Volumen der Investitionsprämie vom Nationalrat nun auf 3 Mrd. Euro aufgestockt" so Berlakovich. (Schluss)

LK Steiermark schlägt Alarm: Preismisere bei Schweine- und Rinderbauern

Rasche Hilfe gefordert - Lebensmittelhandel soll Landwirten bessere Preise zahlen

Graz, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Steiermark, **Franz Titschenbacher**, verlangt rasche und direkte Hilfen für die vom Lockdown betroffenen Bauern. Vom Lebensmittelhandel fordert Titschenbacher, für heimisches Schweine-, Rind- und Geflügelfleisch bessere Preise zu zahlen, die auch direkt bei den Bauern ankommen. Denn seit Wochen setzt sich hier ein Abwärtstrend fort, dessen Ende nicht absehbar ist. Besonders dramatisch ist der Preiseinbruch für die Schweinebauern: Gegenüber dem Vorjahr (November 2019) bekommen sie für Schweinefleisch um 31% weniger. "Bei jedem verkauften Schwein zahlt der Bauer 33 Euro dazu - ein existenzbedrohender Verlust", rechnet die LK Steiermark vor. * * * *

In Schwierigkeiten sind auch die Rinderhalter: Seit dem zweiten Lockdown ist der Absatz bei Kühen um 30% eingebrochen. Die Umsatzverluste sind enorm, zusätzlich entstehen durch die längere Haltung, Betreuung und Fütterung der Rinder sogar erhebliche Mehrkosten. Verglichen mit dem ohnehin schon schlechten Vorjahresniveau (November 2019) sind die Preise, die die Rinderbauern bekommen, um weitere rund 6% gefallen. Probleme zeichnen sich auch durch den stark zurückgegangenen Absatz von Bodenhaltungseiern ab.

Ursachen des enormen Preisverfalls und Forderungen

Hauptursache sind die Corona-bedingten Schließungen der Gastronomie, die als Großkunde weitgehend wegfällt. Verschärfend für die Schweinebauern wirkt die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (auf Menschen nicht übertragbar). Der österreichische Markt wird mit Billigstfleisch aus unserem Nachbarland überschwemmt. Titschenbacher fordert deshalb eine rasche, unbürokratische und direkte Unterstützung für die unter dem Preisverfall leidenden Bauern - ähnlich dem Umsatzersatz, den die Bundesregierung der Gastronomie zugestanden hat. Die Mehrwertsteuer auf Betriebsmittel, wie beispielsweise für Futter, soll von 13 auf 10% gesenkt werden. Zudem soll der österreichische Lebensmittelhandel für Schweine-, Rind- und Geflügelfleisch bessere Preise zahlen, die direkt bei den Bauern ankommen. Der Diskonter Lidl ist in Deutschland vorgeprescht und hat die Einkaufspreise für Schweinefleisch angehoben. Titschenbacher: "Ich erwarte, dass auch der österreichische Lebensmittelhandel nachzieht." (Schluss) - APA OTS 2020-12-11/09:43

Mehr Fördermittel für Qualitätsprogramm "Qplus Rind" ab 2021

Verbesserte Fleischqualität und höhere Vermarktungserlöse als Ziel

Linz, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Das vor vier Jahren gestartete Qualitätsprogramm "Qplus Rind" wird weiter ausgebaut, die Förderung für die teilnehmenden Rindermäster und Mutterkuhbetriebe ab 2021 erhöht. "Qplus Rind" baut auf den Anforderungen des AMA-Gütesiegels auf und wurde von Beginn an aus Mitteln der Ländlichen Entwicklung und einem Sockelbetrag der Länder finanziert. "Nun konnte durch eine Vereinbarung zwischen Landwirtschaftsministerium und den Agrarreferenten der Länder bereits für die Übergangsperiode bis zur künftigen neuen GAP eine weitere Verbesserung erreicht werden. Dazu wird ab dem kommenden Jahr jener Betrag, den die Landwirte neben der LE-Förderung der Programm-Teilnahmekosten als Fixbetrag erhalten, deutlich erhöht und attraktiver gestaltet", erläutert Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger**. Angestrebt wird, die Zahl der an diesem Programm teilnehmenden Betriebe von bisher österreichweit knapp 3.000 in den nächsten Jahren zu verdoppeln und die Wirtschaftlichkeit der Rindermast und Mutterkuhhaltung sowie die heimische Rindfleischqualität für die Konsumenten weiter zu verbessern. * * * *

Aufgrund der positiven Erfahrungen aus dem Rindersektor soll künftig ebenso der Bereich der Schaf- und Ziegenhaltung in die Maßnahme miteinbezogen werden. Auch die Implementierung der Kalbfleischproduktion ist vorgesehen, mit dem Ziel, die Mast von Kälbern beziehungsweise die Produktion von Kalbfleisch in Österreich anzukurbeln und die Tiertransporte zu verringern.

"Mit einer Verdoppelung der sogenannten De-minimis-Förderung bereits für kleinere Höfe und einer stufenweisen Anhebung des Betrages je nach Betriebsgröße wird ab dem kommenden Jahr ein attraktiver Anreiz gesetzt, sich als Rindermäster oder Mutterkuhalter am Programm 'Qplus Rind' zu beteiligen. Ziel ist es, mehr Geld direkt in die Betriebe zu bringen und die Attraktivität für die Teilnahme an den Programmen der Mutterkuhhaltung, Rinder- oder Kälbermast weiter zu steigern. Das bringt neben höherer Fleischqualität auch höhere Vermarktungserlöse", ist **Max Hiegelsberger**, Agrar-Landesrat in Oberösterreich, überzeugt.

Qualitätsverbesserungen mithilfe des Leistungsberichts

"Mit 2021 können jederzeit neue Betriebe in das freiwillige Modul 'Qplus Rind' einsteigen. Die Grundlage dafür bildet ein AMA-Gütesiegel-Erzeugervertrag", betont **Johannes Minihuber**, Geschäftsführer der Österreichischen Rinderbörse. Ziel von "Qplus Rind" ist es, durch die Optimierung der Rindermast und Mutterkuhhaltung in den Bereichen Fütterung, Tierhaltung, Tierwohl, Hygiene und Betriebsmanagement die Qualität der Enderzeugnisse zu steigern. Jeder Teilnehmer bekommt zweimal jährlich einen Leistungsbericht über all seine vermarkteten Rinder (Jungtier, Ochse, Kalbin, Jungrind, Einsteller, Schlachtkalb) sowie über Mutterkuhkennzahlen. Im diesem werden alle Kennzahlen (Tageszunahmen, Schlachtgewicht, Handelsklasse usw.) erhoben und gegenübergestellt (Vorjahreswerte, Bundesland-Vergleich, Österreich-Vergleich). Im Rahmen der Betriebsbesuche durch einen Qualitätsbeauftragten der jeweiligen Abwicklungsstelle werden die Daten besprochen und bei Bedarf ein Maßnahmenplan mit Verbesserungspotenzial ausgearbeitet. Kernelemente bei "Qplus Rind" werden weiterhin die Auswertungen der Mastleistungen und der erzeugten Qualitäten am Betrieb sein, da dies für die Wirtschaftlichkeit der Produktionszweige wesentlich ist. Ein neuer und spezieller Fokus wird dabei auf die Tiergesundheit gelegt.

"Wir sehen, dass sich durch die 'Qplus'-Programmteilnahme zahlreiche Betriebe in den Leistungskennzahlen verbessert haben. Bei jenen mit den besten Ergebnissen gilt es, das hohe Niveau zu halten. Bei Betrieben mit Potenzial nach oben zeigt sich, dass mit entsprechender Umsetzung von gezielten Maßnahmen deutliche Entwicklungsschritte in den Qualitäten, wie etwa verringerte Mastdauer, optimierte Schlachtkörpergewichte usw., erreicht werden können", bestätigt Minihuber.

Mit der Erweiterung von "Qplus Rind" auf die Kalbfleischproduktion sollen sowohl Betriebe mit Vollmilchkälbermast (leichte Kälber, Standardkälber) als auch die Kalb-rosé-Mast im Rahmen des "Qplus"-Moduls begleitet werden. Insbesondere Betrieben, die neu in die Kalbfleischproduktion (z. B. Kalb rosé) einsteigen, werden dadurch wichtige Datengrundlagen geliefert. Kalb-rosé-Tiere sind schwere Kälber, die mit zirka 290 kg geschlachtet werden und nicht nur Milch, sondern auch Getreide und Silage bekommen. Dadurch ist das Fleisch nicht mehr ganz so hell, sondern rosé. (Schluss)

Strasser: Lebensmittel sind zu wertvoll für die Tonne

ÖVP und Grüne beschließen Antrag gegen Verschwendung von wertvollem Essen

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - ÖVP und Grüne haben im Nationalrat gemeinsam den Entschließungsantrag "Aktives Vorgehen gegen Lebensmittelverschwendung" auf den Weg gebracht. Damit soll der Vergeudung von wertvollem Essen auf allen Ebenen vorgebeugt werden. "In Österreich landen jährlich knapp 1 Mio. t genießbare Lebensmittel in der Mülltonne. Das ist eine unnötige Verschwendung wertvoller Ressourcen und eine Geringschätzung der harten Arbeit, die unsere Bäuerinnen und Bauern bei der Erzeugung der Nahrungsmittel aufgewendet haben", erklärt Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner und den NEOS hat die Volkspartei deshalb einen Antrag zur Reduktion von Lebensmittelabfällen beschlossen. Zeitnah soll in Zusammenarbeit mit österreichischen Handelsunternehmen, Produzenten und karitativen Organisationen ein Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung entwickelt werden. SPÖ und FPÖ haben den Antrag, trotz Zustimmung vorab, abgelehnt. * * * *

Mangel an Wertschätzung

Oft landen im Einzelhandel noch essbare Lebensmittel im Müll, da das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist oder weil frischere Ware nachkommt. Das soll sich künftig ändern. "Wir werden gemeinsam mit Akteuren auf allen Ebenen an Lösungen arbeiten. Mit dem Beschluss im Nationalrat wurden weitere Schritte gegen die Verschwendung von Lebensmitteln gesetzt. Das ist ganz im Sinne der Bäuerinnen und Bauern in unserem Land", so Strasser.

Häufig fehlt es an Wertschätzung gegenüber hochqualitativen Lebensmitteln. "Einen Teil der Schuld trägt auch die Preispolitik der großen Handelsketten. Am Beispiel von Brot und Gebäck wird das Ausmaß besonders sichtbar: In Österreich werden davon laut Schätzungen über 200.000 t entlang der Wertschöpfungskette weggeworfen. Das soll sich künftig ändern, denn unsere Bäuerinnen und Bauern bestellen den Acker nicht zum Spaß", so Strasser.

Der Bauernbund-Präsident fordert zudem eine rasche Umsetzung des AMA-Gütesiegels auf Brot und Backwaren. "Es gibt noch kein Gütesiegel für Brot und Gebäck. Wir wollen den Mehrwert staatlich

anerkannter Gütesiegel deshalb auch in diesem Bereich nutzen, einen respektvollen Umgang mit Brot und Backwaren erwirken sowie Wertschöpfung für die bäuerlichen Familienbetriebe generieren", so Strasser abschließend. (Schluss) - APA OTS 2020-12-11/11:14

Hechenberger: Lebensmittelverschwendung den Kampf ansagen

Entsorgung genusstauglicher Waren im Einzelhandel soll verboten werden

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Jeder österreichische Haushalt wirft pro Jahr rund 133 kg an genussfähigen Lebensmitteln in den Müll. Der Wert von mehreren hundert Euro, der einem neuen Smartphone entspricht, wird damit einfach zum Abfall. In einem mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und NEOS verabschiedeten Entschließungsantrag aus dem Konsumentenschutz-Ausschuss des Nationalrates wird die Regierung aufgefordert, einen Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung auszuarbeiten. Künftig soll eine nationale Koordinierungsstelle bestehende Gesetze evaluieren und eine bessere Datenbasis bieten. Dabei soll die Entsorgung von genusstauglichen Lebensmitteln im Einzelhandel verboten und eine Kampagne zur Bewusstseinsbildung für Konsumenten initiiert werden. * * * *

"Bereits kleine Maßnahmen im eigenen Haushalt und im täglichen Leben können hier große Wirkung zeigen. Bewusstes Einkaufen, richtige Lagerung und Handhabung zählen etwa dazu. Oft werden Lebensmittel weggeworfen, da das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist, doch viele Produkte sind auch weit nach dem vermeintlichen Ablaufdatum noch genießbar", erklärte der Tiroler Bauernbund-Abgeordnete und Landwirtschaftskammer (LK) Tirol-Präsident **Josef Hechenberger** in seiner Rede im Plenum. Ein großes Problem sieht Hechenberger auch in den Mengenaktionen. "So werden viel mehr Lebensmittel gekauft als benötigt, und ein Teil davon landet im Müll. Denn es kostet ja nichts - und was nichts kostet, ist nichts wert", appellierte der Abgeordnete, besser weniger und dafür qualitativ höhere Lebensmittel zu kaufen.

Hechenberger lobte in seiner Rede die vorbildliche Arbeit der Seminarbäuerinnen: "Unsere Bäuerinnen betreiben bereits seit Jahren in Schulen und Kindergärten Bewusstseinsbildung zu dem Thema. Auf diese Expertise müssen wir in Zukunft noch mehr setzen. Bereits den Jüngsten unter uns muss bewusst sein, dass Lebensmittel wertvoll und viel zu kostbar sind, um sie einfach wegzuworfen. Hinter jedem Produkt steckt viel Arbeit und Energie, die durch achtloses Wegwerfen einfach verschwendet wird." (Schluss)

Corona-Krise bescherte heimischer Milchwirtschaft herausforderndes Jahr 2020

Petschar: Maßnahmenpaket zur Zukunftssicherung notwendig

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - "Das Jahr 2020 hat die heimische Milchwirtschaft vor große Herausforderungen gestellt. Der zweite Lockdown mit der verlängerten Schließung der Gastronomie über die umsatzstarke Weihnachtszeit bringt neuerlich Umsatzausfälle, die nur durch verstärkte Anstrengungen und in Zusammenarbeit von Landwirten, Verarbeitern, Handel und Politik gut

bewältigt werden können", so fasst der Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM), **Helmut Petschar**, das zu Ende gehende Milchjahr zusammen. Die Mehrleistungen der Landwirte durch höhere Produktionsstandards und die deutlichen Mehrkosten der Molkereien infolge der verstärkten Hygienemaßnahmen müssten auch im Preis abgegolten werden, so Petschar. * * * *

Umsatzausfälle und Mehrkosten

Die Corona-Pandemie erfasste die heimische Milchwirtschaft mit voller Wucht, vor allem durch den abrupten Ausfall der Gastronomie während der anlieferungsstarken Zeit im Frühjahr. Das machte vor allem Molkereien in Tourismusgebieten besonders zu schaffen, diese verzeichneten zum Teil Umsatzrückgänge von 30 bis 40%. Mehrere Milchverarbeiter mussten Maßnahmen zur Mengensteuerung setzen. "Molkereien waren auch im zweiten Lockdown als Zulieferer der Gastronomie, des Tourismus oder des Großhandels massiv mit Umsatzausfällen betroffen. Es ist daher nicht verständlich, dass derartige Zulieferer keine Unterstützung für die Ausfälle erhalten", so Petschar.

"Die Verarbeiter mussten Organisations- und zusätzliche Hygienemaßnahmen zur Sicherheit der Mitarbeiter und Kunden treffen, die auch zusätzliche Kosten verursacht haben. Durch diese Sicherheitsmaßnahmen und zusätzlichen Anstrengungen in den Betrieben konnte trotz kurzfristig geänderter Nachfrage im Lebensmitteleinzelhandel die Versorgungssicherheit immer gewährleistet werden. Die funktionierende Versorgung mit hochwertigen, heimischen Lebensmitteln wurde in der Krise neu bewertet und gewann stark an Bedeutung - eine Entwicklung, welche die Milchwirtschaft gerne aufgreift", so der VÖM-Präsident.

Herausforderungen am Markt gut bewältigt

Die Marktentwicklung des Jahres 2020 war aufgrund der einzigartigen Situation von hohen Spannungen und Unsicherheiten geprägt. Zu Beginn des Jahres erfolgten aufgrund berechtigter Forderungen Bauerndemonstrationen vor Handelsketten. Gleich darauf brachte der erste Lockdown eine schlagartige, massive Verschiebung der Absatzkanäle. Das Auf und Ab auf den Produktmärkten führte ab Sommer zu einer gewissen Stabilisierung der Märkte und zu einer Verbesserung der Auszahlungspreise für die heimischen Landwirte, die ebenfalls mit Mehrkosten zu kämpfen haben.

Erzeugermilchpreise ab Sommer verbessert

Die durchschnittlichen Erzeugermilchpreise lagen im aufgelaufenen Jahr (Jänner bis Oktober) bei 34,55 Cent/kg (für gentechnikfreie Qualitätsmilch, mit natürlichen Inhaltsstoffen, ohne Zuschläge und ohne Mehrwertsteuer), die Werte konnten ab Sommer verbessert werden und betragen im Oktober 36,72 Cent/kg (Vorjahr: 33,83 Cent). Die in Österreich erzielten Preise liegen aufgrund der höheren Qualitätsstandards über dem EU-Durchschnitt.

Der Außenhandel mit Molkereiprodukten verlief in Österreich im Jahr 2020 bisher sehr erfreulich. Von Jänner bis August, so die vorliegenden Zahlen der Statistik Austria, konnten die Exporte um 4,4% auf 874 Mio. Euro erhöht werden, während die Importe mit 545 Mio. Euro (-0,3%) leicht rückläufig waren. Ein ungeregelter Brexit könnte den Milchmarkt europaweit beeinträchtigen, gibt Petschar zu bedenken.

Milchanlieferung seit Mai rückläufig

Die Milchanlieferung lag in Österreich zu Beginn des Jahres 2020 über den Vorjahreswerten, seit Mai unterschreitet sie das Niveau von 2019. Von Jänner bis Oktober 2020 machte die Menge rund 2,63 Mio. t aus (+0,5%), im Gesamtjahr wird voraussichtlich das Vorjahresniveau erreicht. 19% der österreichischen Milch erfüllen den Biostandard. EU-weit ist heuer (schaltjahrbereinigt) eine Mehranlieferung von 1,4% zu verzeichnen.

Qualitätsstrategie wird fortgesetzt

"Die österreichische Qualitätsstrategie wurde von der Milchwirtschaft auch unter den schwierigen Voraussetzungen der Corona-Krise weiterentwickelt. Wesentliche Bestandteile sind die Gentechnikfreiheit, die hohen Produktions- und Verarbeitungsstandards gemäß österreichischem Lebensmittelcodex und dem AMA-Gütesiegel samt strengen Kontrollen. Weiters sind die innovativen und nachhaltigen Verpackungslösungen, hohe Tierwohl- und Nachhaltigkeitsstandards, wie der Verzicht auf Soja aus Übersee oder auf kritische Pflanzenschutzmittel, der hohe Anteil der Biobetriebe sowie weitere Qualitätsprogramme wie Heumilch oder Biowiesensmilch zu nennen", erläuterte Petschar. Wichtig sei weiters eine angepasste Zucht und eine nachhaltige Futtergrundlage, was zu den EU-weit besten Klimaschutzwerten für heimische Milch führe. "Wir sehen es daher auch gerechtfertigt und notwendig, dass diese Mehrleistungen den Landwirten in Form von verbesserten Erzeugerpreisen im Vergleich zu internationalen Entwicklungen zugutekommen", erklärte er.

Bezeichnungsschutz für Milchprodukte konsequent umsetzen

"Milch als wertvolles, heimisches Lebensmittel ist mit der Corona-Krise stärker in den Mittelpunkt gerückt. Die Österreicher schätzen unsere hohen Qualitäten immer mehr. Sie können sich auch in Krisenzeiten auf eine sichere Versorgung verlassen. Dies sollte auch in der Ernährungspolitik entsprechend gewürdigt werden: So konnte im EU-Parlament der Bezeichnungsschutz für Milchprodukte gestärkt werden. Dies muss auch in Österreich konsequent umgesetzt werden, indem die nicht zulässige Verwendung der geschützten Begriffe Milch, Butter, Joghurt, Käse und Co. entsprechend abgestellt wird", forderte Petschar.

Zuletzt gab es Versuche, beste Milchprodukte in Nährwertprofile zu pressen und mit Werbeverböten zu belegen. "Es darf nicht sein, dass etwa beste, unveränderte Biomilch mit natürlichem Fettgehalt nicht mehr beworben werden darf oder dass Kindern ein Butter- oder Käsebrot abgesprochen wird, wie dies von der Nationalen Ernährungskommission des Gesundheitsministeriums gefordert wird. Hier sind Hausverstand, Maß und Ziel gefragt", so der VÖM-Präsident.

Maßnahmenpaket für Zukunftssicherung erforderlich

Die Corona-Pandemie habe eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig die Versorgung mit Lebensmitteln ist. Die Milch sei ein wesentlicher Teil der Ernährung der Österreicher, sie stelle einen der wichtigsten Sektoren der Landwirtschaft dar und sei eine Schlüsselbranche im ländlichen Raum, besonders in Berggebieten, so Petschar.

Für eine positive Weiterentwicklung dieser wichtigen Branche sei ein umfangreiches Maßnahmenpaket notwendig. Dazu gehöre etwa die Absicherung der naturnahen österreichischen Milchwirtschaft in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und in den nationalen Programmen,

besonders in Berg- und benachteiligten Gebieten. Erforderlich sei auch die Abgeltung von naturbedingten erhöhten Erfassungskosten. Zur weiteren Verbesserung des Tierwohls sollten Investitionsschwerpunkte gesetzt werden. Weitere Maßnahmen seien die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Unterstützung der Qualitätsstrategie, praktikable Standards im Bio-Bereich sowie die Unterstützung des Produktions- und Verarbeitungsstandortes Österreich.

"Wir brauchen außerdem eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung, mehr Transparenz und eine gerechtere Verteilung der Wertschöpfung entlang der Lebensmittelkette, Maßnahmen zur Eindämmung von Eigenmarken sowie die Umsetzung der EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken", betont der VÖM-Präsident. Die AMA-Marketing solle als wertvolles Unterstützungsinstrument für die Qualitätspolitik und Vermarktung weiterentwickelt werden, Unterstützung sei auch im Export gefragt. Für die Molkereien wäre die Vermeidung von überzogenen, kostentreibenden, ineffizienten und unpraktikablen Vorgaben im Umwelt- und Verpackungsbereich wichtig. Das bedeute unter anderem keine überhöhten Mehrwegquoten und kein Pfand auf Einwegverpackungen im Milchbereich. (Schluss) kam

EU-Schweinemarkt: Belegung des Fleischabsatzes - Rückstau bei Schlachtbetrieben

Österreich: Mastschweine-Notierung auf dem Vorwochenniveau

Wien, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Das multifaktorielle Krisenszenario am europäischen Schweinemarkt bleibt unverändert aufrecht. Deutschland und Belgien verzeichnen höchste Rückstaumengen und niedrigste Preise. Die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) hat ihren Basispreis für Schlachtschweine auf niedrigem Niveau unverändert belassen. Die Schlachtaktivitäten sind vielerorts wegen Corona-infiziertem Personal stark reduziert, andererseits ist etwas Schwung bei Fleischverarbeitung und -handel unübersehbar. Ein Zugpferd ist in diesem Zusammenhang der Lebensmitteleinzelhandel, der wegen der starken Lockdown-Restriktionen der HoReCa-Szene (Hotel-Restaurant-Catering) Rekordumsätze verzeichnet. In den bevorstehenden Feiertagswochen ist nicht Homeoffice oder Homeschooling angesagt, sondern "Homeeating". Folglich werden jetzt die privaten Kühlkapazitäten in Richtung 100% aufgefüllt. * * * *

In Österreich hinterlässt der Maria Empfängnis-Feiertag am 8. Dezember deutliche Rückstauspuren, berichtet **Johann Schleder** von der Schweinebörse. Fallweise gelangen Schlachtpartien einige Tage verspätet an den Haken. Auch hierzulande lebt der Fleischmarkt vom boomenden Lebensmitteleinzelhandel, allerdings ist auch in der Verarbeitung der vorweihnachtliche Bedarf überdurchschnittlich groß, und selbst China-Exporthändler konnten zu dem niedrigen Preisniveau noch Kontrakte abschließen. Vor diesem Hintergrund konnte an der heimischen Börse trotz Vorwochenrest und überaus reichlichem frischem Angebot die Mastschweine-Notierung auf dem Vorwochenniveau von 1,32 Euro (Berechnungsbasis: 1,22 Euro) je kg Schlachtgewicht fixiert werden. (Schluss)

Pflegereform: OÖ Landesbäuerin Haider fordert Ausbau der Tagesbetreuungsplätze

Selbstversicherung für pflegende Angehörige in Anspruch nehmen

Linz, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - Der von der Regierung im Oktober 2020 gestartete Reformprozess des österreichischen Pflegesystems sieht folgende fünf Grundprinzipien vor: Daheim vor stationär, Unterstützung pflegender Angehöriger, Personaloffensive, Deregulierung und Digitalisierung sowie eine Finanzierung zur Absicherung für die Zukunft. "Es freut mich, dass intensiv an diesem Reformprozess gearbeitet wird und dieser bereits Mitte 2021 zur Umsetzung gelangen soll. Bieten etwa mobile Pflegedienste und Tagesbetreuungsplätze Unterstützung und kann auch bereits um eine Übernahme der Pensionsversicherungszeiten angesucht werden, so stimme ich der geplanten Einführung eines 'Pflege-daheim-Bonus' sowie eines pflegefreien Tages pro Monat für Angehörige absolut zu", erklärt **Johanna Haider**, Landesbäuerin in Oberösterreich. * * * *

In dem Bundesland haben aktuell rund 86.000 Personen einen Pflegebedarf. Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl bis zum Jahr 2040 auf etwa 126.000 steigen wird. Derzeit beziehen laut Statistik Austria zirka 70.000 Menschen (2019) in Oberösterreich Bundespflegegeld, wovon 68% auf die Pflegestufen 1 bis 3 entfallen.

Im oberösterreichischen Sozialhilfegesetz ist geregelt, dass jeweils ein Sozialhilfverband (z. B. Hilfswerk) in den 15 Bezirken eingerichtet ist. Insgesamt sind in dem Bundesland rund 6.100 Mitarbeiter in den Verbänden beschäftigt. Die Tarife sind bei allen Sozialhilfverbänden gleich, sozial gestaffelt und richten sich nach dem jeweiligen monatlichen Nettoeinkommen und allfälligem Pflegegeldbezug. Zudem fördert das Land Oberösterreich zahlreiche Leistungen über die Sozialhilfverbände. "Grundsätzlich sollten sich die pflegenden Angehörigen frühzeitig melden. Erfahrungsgemäß wird hier sehr spät um die Unterstützung der mobilen Dienste gebeten. Hier könnte man meist viel früher entlasten und präventiv Maßnahmen setzen. Eine Inanspruchnahme der mobilen Pflege ist ab der Pflegestufe 1 möglich", erklärt die Betriebsratsvorsitzende des OÖ Hilfswerkes, **Cornelia Pöttinger**.

Urlaubszuschuss für pflegende Angehörige

In Oberösterreich werden acht von zehn pflegebedürftigen Menschen von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt und betreut. Aktuell gibt es in dem Bundesland rund 660 Tagesbetreuungsplätze. "Letztere stellen für pflegende Angehörige eine massive Entlastung dar. Aufgrund der in den nächsten Jahren steigenden Pflegezahlen ist ein Ausbau der Tagesbetreuungsplätze nötig", betont Haider. Zudem wurde in Oberösterreich heuer erstmalig ein Urlaubszuschuss von bis zu 225 Euro für pflegende Angehörige eingerichtet. Eine Beantragung ist ab Pflegestufe 3 möglich, der Urlaub muss in Österreich stattfinden.

Übernahme der Pensionsversicherungszeiten: Mittel werden oft nicht abgeholt

Wer die Pflege für nahe Angehörige (Verwandte bis zum vierten Grad der Seitenlinie, also auch Onkel, Tante, Cousin etc.) übernimmt, kann ab der Pflegestufe 3 um Übernahme der Kosten der Pensionsversicherungsbeiträge seitens des Bundes ansuchen. Dazu ist ein Antrag auf Selbstversicherung bei der Pensionsversicherung notwendig. Dies ist auch möglich, wenn man einer Beschäftigung (z. B. Teilzeit oder geringfügig) nachgeht. Bei einer Vollbeschäftigung innerhalb der letzten 24 Monate von mehr als zwölf Monaten kann auch ein Antrag auf Weiterversicherung gestellt werden. "Viele pflegende Angehörige wissen nicht, dass es diesen sogenannten Antrag auf Selbstversicherung beziehungsweise Weiterversicherung gibt. Das ist auch der Grund, warum die Mittel oftmals nicht abgeholt werden", betont **Bettina Zopf**, Nationalratsabgeordnete (Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales) und Bezirksbäuerin von Gmunden.

Als wichtige Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Pflege und Betreuung wurde im September 2019 in Oberösterreich die Pflegehotline 051 775 775 eingerichtet. Ausführliche Informationen zu den Pflegeangeboten in dem Bundesland stehen im Web unter www.pflegeinfo-ooe.at bereit. (Schluss)

Russland erschwert Sonnenblumen- und Rapsexporte

Zölle werden auf 30% erhöht

Moskau, 11. Dezember 2020 (aiz.info). - In Russland sollen die Exportzölle auf Sonnenblumen und Raps ab dem 9. Jänner 2021 von bislang 6,5% auf 30% angehoben werden. Die Mindestgrenze für die Abgabe ist mit 165 Euro je t festgesetzt. Ein entsprechender Kabinettsbeschluss wurde am Donnerstag unterzeichnet, teilte der Moskauer Regierungsprescribedienst mit. Ziele der Maßnahme sind die Ausfuhren zu drosseln und somit einen Preisanstieg bei diesen Ölsaaten sowie daraus verarbeiteten Produkten einzudämmen, heißt es in der Erläuterung. Außerdem sollen Exporteure von landwirtschaftlichen Rohgütern für Ausfuhren von Produkten mit höherem Mehrwert motiviert werden.

* * * *

Wie berichtet, hatte der russische Fachverband der Ölfrucht verarbeitenden Industrie schon im Frühjahr Maßnahmen zur Einschränkung der Exporte von Sonnenblumen gefordert. Die Schätzungen für diese Kultur zur heurigen Ernte liegen zwischen 12 und 13 Mio. t gegenüber einem 2019 mit fast 15,5 Mio. t verzeichneten Rekord. (Schluss) pom